



## Mit oder gegen den Strom? Postwachstumsplanung in der Fishbowl

### Abstract

Postwachstum und Planung wurden lange nur punktuell zusammen gedacht. In den letzten Jahren finden sich zunehmende Verknüpfungen aus Ökonomie, Soziologie und Politikwissenschaft in die räumliche Planung. Begrenzte Ressourcen, nicht vermehrbare Boden, Nachhaltigkeitsziele und ein neuer »Druck auf die Fläche« fordern kritisches Nachdenken heraus. Im Rahmen einer Fishbowl-Diskussion suchen Planungswissenschaftlerinnen und Planungswissenschaftler nach konstruktiven Potenzialen für eine Postwachstumsplanung.

### Einleitung

»By inventing new concepts or vocabularies in response to a changing world, or creatively redefining the meanings given to existing concepts or vocabularies, human beings can literally reshape not just their experience of reality but, more fundamentally, the reality they experience, expanding the horizons of what can be thought, said, seen, and even felt.« (ALEXANDER 2017: 5)

Räumliche Planung steht zunehmend unter dem Druck, gleichzeitig kurzfristig auf Entwicklungsdynamiken zu reagieren und langfristig über Alternativen nachzudenken und Entwicklungen aktiv zu beeinflussen. Der »Druck auf die Fläche« (Titel der 20. Konferenz für Planerinnen und Planer in

NRW im Oktober 2017) steigt und wirft Fragen auf, die bis zu den Grundlagen nachhaltiger Raumentwicklung, der Gewährleistung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse, der Sozialpflichtigkeit von Boden- und Immobilieneigentum sowie gerechter Bodenpolitik gehen. Planung ist weit mehr als ein Prozess zur Verteilung von Rechten (und Pflichten) zur Nutzung von Boden an eine sich verändernde Bevölkerung oder Wirtschaft. Planung ist reich an Möglichkeiten, offen und inklusiv über räumliche und gesellschaftliche Zukünfte zu diskutieren. Planung ist mit ihren Instrumenten einflussreich und folgenreich. Ein gutes Leben für Alle zu denken bietet das Potenzial, alternative Geschichten über den

Dr. Christian Lamker (oben) ist Raumplaner und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund sowie 2017/18 als Lehrbeauftragter an der RWTH Aachen tätig.

Viola Schulze Dieckhoff (unten) ist Raumplanerin und arbeitet aktuell am Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie der TU Dortmund.

Erfolg zu entwickeln und kontinuierlich zu lernen.

Das Aufgreifen von Postwachstumsdiskussionen – wie sie in der Ökonomie, aber auch in anderen Disziplinen – geführt werden, ist ein neuer Baustein aktueller Planungsdiskussionen. Einflüsse aus der Soziologie (z. B. Rosa/Henning 2018), den Politikwissenschaften (z. B. Adler/Schachtschneider 2017), der Ökonomie (z. B. Paech 2012; Piketty 2016; Jackson 2017) und der Psychologie (z. B. Welzer 2011) finden erste Resonanz in der Planungswissenschaft und fordern mitunter zum radikalen Umdenken von Wirtschafts- und Lebensstilmustern sowie planerischen Denk- und Handlungsweisen auf (z. B. ARL 2018; Lamker/Schulze Dieckhoff 2017; Schulz 2018). Postwachstum hat das Potenzial, zu einem neuen »Paradigma in Wirtschaft, Gesellschaft und Planung« (ARL 2017: 4) zu werden. Neu ist damit die Übertragung auf Planung selbst und auf die in komplexen Prozessen handelnden Planerinnen und Planer. Mit dem Boden als nicht vermehrbare Ressource treffen hier hohe Ansprüche auf die Realitäten vielfältiger Räume und Akteure, die Ziele nachhaltiger und sozial gerechter Stadtentwicklung und den Zwang zu eindeutigen Festlegungen in der hoheitlichen Planung (vgl. auch ARL 2017: 30 f.; difu/vhw 2017; Dosch et al. 2017).

In diesem Spannungsfeld haben sich rund 80 Personen aus der deutschen Planungswissenschaft und Planungspraxis am 06. Februar 2018 auf der Dortmunder Konferenz für Raum- und Planungsforschung (Titel: »Die Große Transformation – Herausforderung und Chance für die Raumplanung«) zu einem Experiment zusammengefunden. Im Format einer Fishbowl-Diskussion ging es darum, gemeinsam einen selbstkritischen Blick auf Planung zu werfen, die Potenziale einer *Postwachstumsplanung* zu reflektieren. Mit einer Einführung und Moderation von Christian Lamker und Viola Schulze Dieckhoff (beide TU Dortmund) wurde die Diskussion an vier eingeladene Teilnehmer und anschließend das gesamte Publikum weitergegeben. Die Fishbowl setzt eine Reihe aus Workshops und Diskussionen – unter anderem im Kontext der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) – zur Postwachstumsplanung im Sommer und Herbst 2017 fort. Eingeladen nach Dortmund waren Susan Grotefels und Samuel Mössner (beide Münster), Christian Schulz (Luxemburg) und Irene Wiese-von Ofen (Essen).

Dieser Beitrag führt entlang von drei Fragen zu fehlenden kritischen Diskussionen in

der Stadt- und Raumplanung zur Ressource Boden sowie zu Grenzen der Transformation. Dabei greift er Diskussionsthemen auf, bindet sie zusammen und denkt weiter. Anschließend erhalten die vier eingeladenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst Raum für ihre individuelle Perspektive. Den Abschluss bilden zusammenfassende Thesen einer Postwachstumsplanung, die für die weitere kritische Diskussion inspirieren sollen.

### **Welche kritischen Diskussionen fehlen derzeit in einer wachstumsorientierten Stadt- und Raumplanung?**

Ausgangspunkt war die Frage, **warum** wir grundsätzlich und **warum** gerade jetzt neu auf Stadt- und Raumplanung blicken. Wie sehr basieren die derzeitigen planungswissenschaftlichen und planungspraktischen Denk- und Handlungsweisen auf Wachstum? Wo benötigt eine einseitige Diskussion Veränderungen (vgl. Rydin 2013; ARL 2017)? Dabei zeigte sich: der Begriff Postwachstumsplanung entfaltet kritisches Diskussionspotenzial, aber auch viele Definitionsfragen. Postwachstum und Planung können als komplette Gegensätze verstanden werden, als Wiederaufkochen alter Debatten der 1970er- und 1980er-Jahre oder als Neuauflage einer Schrumpfungsdiskussion.

Auf der einen Seite öffnet Postwachstumsplanung neue Perspektiven auf Planungsrecht und Rechtssicherheit. Die Flut von Gesetzesnovellen muss hinterfragt werden auf ihre substanziellen Ziele, nicht aufgelöste Widersprüche (z. B. §13b BauGB vs. Innenentwicklung und Flächeninanspruchnahme) und die praktisch erreichten Veränderungen. Mit Gesetzesnovellen lassen sich die gesellschaftlichen und räumlichen Probleme nicht grundsätzlich lösen. Es braucht eine darüber hinausgehende kritische Diskussion über das, was tatsächlich erreicht werden könnte und über echte Alternativen dazu, wie der Weg dorthin aussehen kann. Postwachstumsplanung muss sich mit dieser Forderung der inhärenten Gefahr stellen, als eine theorieelastige elitäre Diskussion zu enden. Gleichzeitig zeigen sich gerade in dieser Diskussion eine enge Anknüpfung an lokale Initiativen – beispielsweise in Form von Raumunternehmen, nachbarschaftlichen Projekten und entstehenden gemeinschaftlichen Organisationsformen – und die Aufforderung zum positiv verändernden Handeln.

Verfügbare Instrumente stehen einerseits oft in Konflikten mit der geforderten Rechtsicherheit. Prognosen zu Bevölkerung, Wirtschaft und sozialen Veränderungen sind als Solitär bereits heute eine unsichere Grundlage für Raumordnung mit Instrumenten wie dem Zentrale-Orte-Konzept sowie die Bauleitplanung mit konkreten Flächenausweisungen. Komplizierter wird die Debatte zur Definition des Gemeinwohls und des verwendeten Wohlstandsverständnisses. Erweiterte Ansätze zur Eingrenzung oder Messung von Gemeinwohl und Wohlstand (z. B. sozialökologische Indizes, Glücksindizes) ergänzen eine Ebene der Abwägung, die zunächst abschreckt. Jedoch vor dem Hintergrund der grundlegenden Ziele auch für formelle Planung im Sinne von §§ 1f. ROG und § 1 BauGB nötiger denn je ist.

Viele der kritischen Diskussionen wurden auch in der Vergangenheit schon geführt. Die handelnden Personen sind heute andere und die Rahmenbedingungen des Handelns haben sich verändert. Der negative Impetus bleibt, aufgrund der quantitativen Grenzen des Wachstums umzudenken (Meadows et al. 2009). Wichtiger ist aber der positive Impetus der Schaffung einer positiven gemeinsamen Zukunft und der Aktivierung vorhandener Potenziale – deren Weg verständliche Bewertungskriterien braucht, aber sich nicht einer blinden Quantifizierung unterwerfen darf (vgl. auch Mau 2017). Die Auseinandersetzung mit der Planungsgeschichte sowie dem Selbstverständnis und Alltag von Planern ist wichtig, um Anknüpfungen statt Abgrenzungen zu finden.

### Welchen Boden braucht das Glück?

Im Kern von Planung steht weiterhin die Auseinandersetzung und Lösung unterschiedlicher Nutzungsinteressen im Raum und an den Raum. Die Ressource Boden steht im Mittelpunkt vieler Konflikte, da ihre Natur nur eindeutige Lösungen zulässt, die immer mit gefühlten Gewinnern und Verlierern behaftet sind. Dabei unterliegt die Bodenpolitik oft unhinterfragten Grundsätzen – z. B. in Bezug auf Eigentumsformen an Boden und Möglichkeiten ökonomischer Transaktionen. Planung hat damit immer einen engen Bezug zum Eigentum, aber: **Was** genau fördern und **was** verhindern wir tatsächlich?

Müssen wir immer mehr Boden ›verbrauchen‹, um glücklich sein zu können? Welche anderen Ansprüche (Qualität, Ort) an die

Bodennutzung und welche Bodenwerte (ökologisch, sozial etc.) sollten stärker fokussiert werden? Einerseits zeigen sich viele Planerinnen und Planer überzeugt, dass wir aufgrund des partiellen Zuwachses der Bevölkerungszahl neue Gebäude und Baugebiete benötigen. Wenn es in den planerischen Außenbereich (z. B. mit § 13b BauGB) geht, nähren sich aber Zweifel. Die Frage, *wie viel Wohnraum* für ein gutes Leben einer heterogenen Gesellschaft benötigt wird, erlaubt keine einfachen Antworten. Die Frage, *wie viel Boden* dieser Wohnraum braucht, eröffnet einen Irrgarten. Es hängt von der Lebens- und Familiensituation ab, der räumlichen Lage, den Möglichkeiten für die eigene Mobilität oder weiteren individuellen Faktoren. Deutlich wurde damit: mehr Flächenverbrauch ist nicht alternativlos. Unser Umgang mit Eigentum ist nicht alternativlos.

Die Frage danach, *welchen Wohnraum* wir brauchen ist nicht einfach – weder heute, noch für zukünftige Generationen. Machen Bodeneigentum mit eigenem Einfamilienhaus heute und dauerhaft glücklich oder zwingen sie viele in nicht mehr auflösbare räumliche, soziale und finanzielle Abhängigkeiten? Auf der einen Seite wird eine immer dynamischere, vernetzte, globale und urbane Gesellschaft diskutiert – auf der anderen Seite stehen etablierte Ziele der Förderung räumlicher Strukturen für institutionalisierte Familien (z. B. Baukindergeld) dazu im Widerspruch. Gesetzesnovellen werden auch hier verstanden als Reparieren von großen Problemen, aber oft nicht als positive Veränderung in die Zukunft.

Konflikte um Boden als nicht vermehrbare Ressource bleiben ein Kernanliegen für die meisten Planerinnen und Planer, welches derzeit eine neue Aktualität erfährt (Wachstumsdruck, 30 ha-Ziel). Bodenpolitik kann auf eine Vielzahl von – teilweise wenig bekannten oder genutzten – Instrumenten zurückgreifen, um neue Wege zu gehen und viel aus internationalen Vergleichen lernen (z. B. Dosch et al. 2017; Gerber et al. 2018). Im Sinne der in Dortmund geführten Diskussion sollte der Fokus stärker gelegt werden auf die Eigentumsrechte an Boden, gemeinschaftliche Organisationsformen und die Sozialpflichtigkeit von Eigentum nach Art. 14 Grundgesetz (vgl. auch ARL 2017: 30; difu/vhw 2017; Stiftung trias 2017). Damit zusammen hängen auch aktuelle Auswirkungen durch einen Wandel in der Bodennutzung und gesellschaftlichen Anforderungen an die Bereitstellung von Wohnraum und den Wohnungsbau. Boden bedeutet eine hohe Verantwortung für han-

delnde Personen – aber angesichts seiner Knappheit auch eine klare Aufforderung zum transformativen Handeln (vgl. difu/vhw 2017: 1 ff.).

**Welche räumlichen, institutionellen und mentalen Grenzen hindern uns daran, Planung für eine lebenswerte und nachhaltige Postwachstumsgesellschaft neu zu denken?**

Das Publikum wurde im dritten Block durch zwei freie Stühle einbezogen. Die Stühle konnten von jedem Interessierten besetzt werden, der dann für eine begrenzte Zeit Teil der Diskussion war. Die Person durfte Fragen in die Runde stellen, aber auch selbst Fragen der anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer beantworten – bis sich eine andere Person aus dem Publikum beteiligen und einen Stuhl einnehmen wollte.

Wenn wir über Boden und Eigentum diskutieren, geht es an grundlegende Fragen der Stadt- und Raumplanung. Positive Entwicklungen und Glück können nicht (mehr) durch die Verfügbarmachung von Boden begründet werden. **Wie** kann sich Planung selbst vor diesem Hintergrund verändern? Was können Planerinnen und Planer heute tun? Postwachstumsplanung wird in Verbindung gebracht mit individueller Identifikation innerhalb von Gemeinschaften und mit ihren Räumen, mit dem Ermöglichen menschlicher Wünsche und mit der Entfaltung eigener Potenziale. Hier zeigen sich zwar Überschneidungen mit dem aktuellen Trend zu Heimat – sichtbar in den Heimatministerien in Bayern, NRW und der Bundesregierung –, Postwachstumsplanung darf aber auch als starke Kritik an statischen Definitionen von Heimat und konservativen Vorstellungen der Konservierung ländlicher Idylle verstanden werden. Es geht gerade nicht darum, Veränderung aufzuhalten, sondern Veränderung aktiv und positiv zu denken und zu gestalten. Nicht zu handeln ist damit nicht das Bekenntnis zur Erhaltung des Status Quo, sondern die Abgabe des Anspruchs zur Beeinflussung der Entwicklung und der eigenen Umwelt.

Deshalb braucht es aus Sicht der Diskussion Verantwortung und Haltung aller Beteiligten, die Orientierung an nicht-monetären Zielen, ein breites Wohlstandsverständnis, inspirierende Narrative und eine klare Antwort auf die Frage »Wem gehört die Stadt (und ihr Boden)?«. Planerinnen und Planer – in Wissenschaft und Praxis – müssen sich damit der Herausforderung stellen, dass sie selbst zwar

Probleme identifizieren und Lösungen vorschlagen und umsetzen können. Die positive Gestaltung des Wandels kann sich aber nur in einem gemeinsamen, transparenten und inklusiven Prozess entfalten, in dem sich alle Beteiligten immer wieder selbst kritisch hinterfragen.

*»Die Evolutionstheorie geht mithin davon aus – und findet sich damit nicht weit weg von der Realität –, daß Planungen nicht bestimmen können, in welchen Zustand das System infolge der Planung gerät. Insofern ist Planung, wenn sie vorkommt, ein Moment von Evolution, denn schon die Beobachtung der Modelle und der guten Absichten der Planer bringt das System auf einen nicht vorgesehenen Kurs. Die Evolutionstheorie würde dazu sagen: welche Strukturen sich daraus ergeben, stellt sich durch Evolution heraus.«* (Luhmann 1997: 430)

Postwachstumsplanung darf nicht verwechselt werden mit einer Planung in schrumpfenden Städten und Regionen. Wenn quantitative Schrumpfung an sich das Problem ist (und damit einfaches Wachstum bereits eine Lösung wäre), bewegen wir uns weiterhin innerhalb einer Wachstumslogik. Postwachstumsplanung ist nicht ein Zustand, in dem es kein Wachstum nach bisherigen Kriterien geben darf. Vielmehr wird eine Perspektive in den Vordergrund gestellt, die sich an neuen Kriterien orientiert, neue Räume schafft und Mut – von Planerinnen und Planern, Politikerinnen und Politikern und allen Menschen – erfordert. Es geht um den fortwährenden Prozess, kritisch auf die Vergangenheit und Gegenwart zu schauen, um daraus gemeinsam und mit allen individuellen Handlungen eine positive Zukunft zu denken, zu inspirieren und, zu erschaffen. Postwachstumsplanung provoziert zu Reflexion und begrüßt öffentliche – auch konflikthafte – Aushandlungsprozesse. Statt einer großen Geschichte guter Planung bilden sich dann viele kleine positive Geschichten heraus, die sich kontinuierlich auf den Kurs der gesamtträumlichen Entwicklung auswirken.

Postwachstum auf Planung treffen zu lassen löst Diskussionen und unerwartete Assoziationen aus. Die Qualität des guten Lebens zeigt sich in individuellen Beziehungen in ihren konkreten Erfahrungs- und Handlungssphären (Rosa 2016; Rosa/Henning 2018). Postwachstumsansätze zeigen einerseits neue Wege einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ohne alternativlose Wachstumsorientierung auf (Adler/Schachtschneider 2017), setzen aber andererseits auch intensive Hoffnungen auf vielfältige Akteure und verteilte



Aktionen, dezentrale Strukturen, Experimente und ›Raumunternehmen‹ (Buttenberg et al. 2014). Planungsbezogene Wissenschaft möchte zunehmend sowohl Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme auf der Makroebene wie Lebensstile auf der Mikroebene in den Fokus nehmen (ARL 2017: 31).

»Planer sind progressive und aktive Gestalter zukünftiger Raumentwicklungen in einem offenen Gestaltungsumfeld, das im demokratischen Aushandlungsprozess erkundet wird und gerecht bearbeitet wird.« (Lamker 2016: 57f.)

Eine schwer realisierbare Idealvorstellung oder Vision, in der sich der Planungsbegriff ausweitet. Zukünftige Raumentwicklungen sind nicht nur im Interesse vieler Menschen, sondern auch Teil ihrer *Handlungen* – womit sie in gewisser Weise Planende werden. In der planungs- und handlungsbezogenen Zusammenführung stärkt sich daher der Fokus auf kleinräumige Netzwerke, auf Ermöglichen, Entfalten und Inspirieren sowie auf den Rahmen zur Identifikation mit neuen gemeinsamen Narrativen und zum positiven Engagement für die Zukunft – aber auch auf den für Engagement notwendigen Boden (difu/vhw 2017; Dosch et al. 2017).

Wissen, Macht und Möglichkeiten in einer Postwachstumsplanung sind dezentral, flexibel und kleinteilig – das gilt innerhalb der Fishbowl ebenso wie darüber hinaus. Durch die gesamte Diskussion zogen sich Konfliktlinien, insbesondere entlang eines Generationenunterschieds in der Planungswissenschaft. Ist heute über Postwachstumsplanung zu diskutieren Geschichtsvergessenheit oder gar ›Vatermord‹? Sicher ist, dass viele Fragen an etwas anknüpfen, was Planerinnen und Planer über Jahrzehnte beschäftigt hat und was eher in den letzten 10-20 Jahren in den Hintergrund gerückt ist: Gemeinwohl, Wohlstand in allen Dimensionen und positive räumliche Entwicklung für alle Menschen. Die Fishbowl-Diskussion endete mit einem klaren Aufruf an die eigene Verantwortung der Anwesenden, sich selbst kritisch zu hinterfragen und im eigenen Handeln positive Veränderungen zu verankern.

### Statements

Der Austausch war angelegt, kritische Diskussionen und konstruktiven Dissens zu provozieren. Die lebhafteste Diskussion hat gezeigt, dass es einen großen Bedarf danach gibt, alternative Interpretationen, unterschiedliche Denkweisen und divergierende Handlungs-

empfehlungen zu entwickeln. Deshalb bekommen an dieser Stelle die vier eingeladenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst die Gelegenheit, ein individuelles Statement zu ihrer Perspektive auf Postwachstumsplanung zu geben und ihren Eindruck der Diskussion zusammenzufassen. Dabei haben wir dazu aufgefordert, die Diskussion zu reflektieren, auf unsere vorab gestellten Fragen einzugehen sowie bei Bedarf den Bezug zu weiteren Ideen herzustellen, die im Nachgang entstanden sind.

### Prof. Dr. Susan Grotefels

... ist seit 1990 wissenschaftliche Mitarbeiterin und seit 1996 Geschäftsführerin des Zentralinstituts für Raumplanung an der Universität Münster. Lehrbeauftragte der Universität Münster, der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW und der Westfälischen Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Münster, Mitglied und Vizepräsidentin der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover, u.a. auch Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft NRW der ARL, Förderndes Mitglied der Landesgruppe NRW der Deutschen Akademie für Raumforschung und Landesplanung (DASL). Forschungsschwerpunkte Bau- und Raumordnungsrecht.



Die Fishbowl-Diskussion war für mich als Juristin eine neue Erfahrung. Ich habe die Runde als lebhaft und erkenntnisbringend wahrgenommen. Das Leitbild der Innenentwicklung sollte zugunsten des Flächen- und Bodenschutzes von Politikerinnen und Politiker, Planer\*innen und Planer und dem Gesetzgeber konsequent weiterverfolgt werden. Im Vierten Bodenschutzbericht 2017 der Bundesregierung wird die Bedeutung und die Stärkung des Bodenschutzes u. a. für den Klimaschutz oder auch die Trinkwasserversorgung erneut besonders betont (Deutscher Bundestag 2017: 4). Der Bodenschutzbericht (S. 14) verweist auf den Umweltbericht vom Oktober 2015, wonach der Bodenschutz ein wichtiges umweltpolitisches Handlungsfeld ist, und auf das Integrierte Umweltprogramm 2030, wonach die Böden besser zu schützen sind und vor weiteren Versiegelungen und Belastungen bewahrt werden müssen. Boden und Fläche werden als knappe Güter und endliche Ressourcen angesehen, mit denen

der Mensch sparsam und verantwortungsvoll umgehen muss (difu/vhw 2017: 1).

Problemen aufgrund des erheblich gestiegenen Wohnraumbedarfs sollte nicht mit Kurzschlussreaktionen, wie z. B. der Einführung eines kontraproduktiven und schwer auslegbaren § 13b BauGB über ein zeitlich begrenztes beschleunigtes Verfahren für Bebauungspläne im Außenbereich oder der geplanten Aufgabe eines ohnehin schon schwachen 5 ha-Grundsatzes im Landesentwicklungsplan NRW, begegnet werden. In Postwachstumszeiten sind stattdessen Kreativität und der mutige Einsatz bereits vorhandener sowohl formeller als auch informeller Planungsinstrumente im Sinne des Gemeinwohls gefragt. Sinnvoller erscheinen auch ein Flächenmonitoring und eine Evaluierung dahingehend, wie viele Innenbereichsflächen ungenutzt vorgehalten werden. Der Neubedarf an Flächenausweisungen sollte auf Bevölkerungsprognosen gestützt sein, die mit der Raumordnung und den Nachbargemeinden abzustimmen sind (difu/Institut Raum&Energie 2018; Grotefels 2018; Krautzberger 2016: 806).



Prof. Dr. Samuel Mössner

... leitet die Arbeitsgruppe »Orts-, Regional- und Landesentwicklung / Raumplanung« am Institut für Geographie der Westfälischen Wilhelms-Universität. Zuvor vertrat er eine Professur am Department für Geographie der LMU München und war als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltsozialwissenschaften und Geographie der Universität Freiburg tätig. Er forscht und publiziert zu städtischen Nachhaltigkeitspolitiken, Governance und sozialer Stadt- und Quartiersentwicklung. Samuel Mössner ist Mitglied im Arbeitskreis Postwachstumsökonomien der ARL, des Interdisziplinären Zentrums für Nachhaltigkeit (ZIN) an der Universität Münster und Mitglied des Editorial Boards von *Local Environment – The International Journal of Justice and Sustainability*.

Die notwendige und längst überfällige Debatte richtet den Blick nicht nur auf Möglichkeiten alternativen Wirtschaftens, faire Produktion oder nachhaltige Konsummuster. Im Zentrum stehen essentielle Fragen um Gesellschaft, Leben und Denken. Im Planungskontext konzentrieren sich die Fragen auf die Ressource Boden, Wohnen und Wohnformen

sowie Mobilität und die Steuerung individueller Entfaltungsmöglichkeiten. Im Zusammenhang mit einer Postwachstumsplanung müssen bestehende Instrumente, Prozesse, Grundsätze und vor allem die Ziele der Planung umfassend und radikal auf den Prüfstand.

Die Fundamente des heute zur Verfügung stehenden planerischen Instrumentariums reichen zurück in Zeiten, in denen Ressourcen vorhanden, Flächen verfügbar, Wachstum unhinterfragt, Versiegelung nachrangig und individuelle Mobilität erstrebenswert schienen. Wenig später galt zusätzlich staatliches Handeln als unvollkommen, Privatisierungen als logische und folgerichtige Ergänzung, selektive Partizipation als hilfreiches Instrument. In den wenigen Momenten, in denen sich ausgeschlossene gesellschaftliche Stimmen in perfiden Beteiligungsmustern Gehör verschafften, galt es aus Planungsperspektive, die Konflikte zu lösen und die Planung zurück in das ruhige, konsensuale Fahrwasser zu überführen.

Nehmen wir den gesellschaftlichen Auftrag einer Postwachstumsplanung ernst, dürfen wir dieser Idee von Planung nicht mehr bedingungslos folgen. Es müssen Lehren aus der Kommodifizierung des Nachhaltigkeitsbegriffs und anderer leerer Signifikanten in der (städtischen) Planung (Stichwort Digitalisierung) gezogen werden. Der immer noch vorherrschende Glauben an gutes kapitalistisches Wachstum muss demaskiert werden. In Planungsprozessen müssen die sichtbaren Widersprüchlichkeiten zwischen aktuellen nachhaltigen Planungen und weiter betriebenen Ressourcenverbrauch, Flächenversiegelung sowie sozialer Verdrängung aufgezeigt werden.

Für eine Postwachstumsplanung müssen wir damit beginnen, das Baugesetzbuch und andere Kodifizierungen planerischen Handelns neu zu lesen und kritisch auf ihre Wachstumsorientierung hin zu reformulieren. Postwachstumsplanung ist die Auseinandersetzung mit den Zielen und Grundsätzen unserer Planung, die in einer breiten Gesellschaft politisch diskutiert werden müssen. In diesem politischen Austausch muss jede Stimme Gehör finden und sprechen können. Die Möglichkeiten einer Postwachstumsplanung darf als offener, transparenter und politischer Diskurs nicht nur von einer akademisch geprägten Mittelschicht geführt werden. Postwachstumsplanung muss erstritten werden, was insbesondere während der angelegten Diskussion durch das Format der Fish

Bowl auch deutlich wurde. Eine offene Postwachstumsplanung trägt bestehende Konflikte in der Gesellschaft aus. Diese Konflikte sind richtig und notwendig, um einen breiten sozialen Diskurs überhaupt erst zu ermöglichen. Und damit stellt Postwachstumsplanung für mich die Abkehr von der bisherigen Praxis kommunikativer und konsensualer Planung dar.

Prof. Dr. Christian Schulz

... ist Wirtschaftsgeograph und beschäftigt sich an der Universität Luxemburg mit Fragen der regionalen Wirtschaftsentwicklung, Nachhaltigkeitsinnovationen und alternativen Wirtschaftsformen. Seit 2017 leitet er den Arbeitskreis Postwachstumsökonomien der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL). Er ist Mitglied im Green Economy Research Network, einem Zusammenschluss von Raumwissenschaftlern\*innen aus Norwegen, Schweden, Japan, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und Luxemburg. Gemeinsam mit Julia Affolderbach (Hull) und Rob Krueger (Worcester, Massachusetts) arbeitet er zur Zeit an dem Buch *The Geographies of Alternative Economies: Beyond Greening?* (Routledge, Ecological Economics Series).

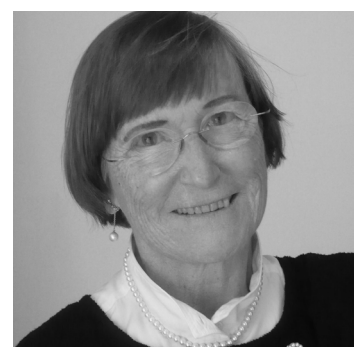
Die aktuelle Bodendebatte ist aus guten Gründen auf den Wohnungsbau konzentriert. Ich teile die Diagnose, dass eine Neubewertung des Verhältnisses von Eigentums- und Nutzungsrechten überfällig ist, um die Auswüchse der Finanzialisierung des Wohnungsmarkts zu unterbinden. Gleichzeitig sollte aber auch die Frage diskutiert werden, ob und wie über eine veränderte Bodenpolitik auch postwachstumsorientierte Aktivitäten im gewerblichen Bereich gefördert bzw. ermöglicht werden können. Damit meine ich weit mehr als die in vielen Kommunen schon praktizierten, allerdings eher punktuelle Überlassung von (Brach-)Flächen für Projekte der solidarischen Landwirtschaft, Co-Working Spaces oder soziale Wohnprojekte. Vielmehr geht es um eine grundsätzliche Debatte über Wohlstandsschaffung und damit die Frage, was wir unter »Wirtschaften« verstehen. Kommunale Wirtschaftsförderung und Flächenpolitik bekommt einen anderen Radius, wenn auch nicht-monetarisierte Aktivitäten der Solidarwirtschaft, der Nachbarschaftshilfe, der Kinderbetreuung, der familiären Pflege, des Eh-

renamts usw. in die Betrachtung einbezogen werden. Und diese Diskussion ist untrennbar mit der Frage verbunden, wie wir Wohlstand und Entwicklung messen, d. h. welche Indikatoren herangezogen werden, um individuelles Wohlergehen und sozio-ökonomische Stabilität zu bewerten. Sind neue gewerbliche Arbeitsplätze, die nicht selten erheblich aus öffentlichen Haushalten mitfinanziert werden, wirklich die alleinige »Währung«?

Neue Formen der Verknüpfung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit, die Debatte um neue (Lebens-)Arbeitszeitmodelle, Gemeinwohlorientierung und gesellschaftliche Teilhabe sind nur einige Facetten eines vielschichtigen Ansatzes, der – auch wenn er mit dem Begriff Postwachstum nur unbefriedigend gefasst sein mag – allzu dringend einer stärkeren Auseinandersetzung in den Planungswissenschaften und der Planungspraxis bedarf. Dabei geht es um weit mehr als das analytische Verstehen empirischer Phänomene und Prozesse oder die planerische Ermöglichung neuer Wohn-, Wirtschafts- und Arbeitsformen. Vielmehr geht es um das Infragestellen etablierter Leitbilder, die in unseren Disziplinen – allzu häufig unreflektiert – in einem ökonomischen Wachstumsparadigma und materiellen Wohlstandsverständnis verhaftet sind. Boden ist dabei nur eine – aber eine zentrale – Ressource, deren Über- bzw. Fehlnutzung bisherige Ansätze ökologisch oder sozial orientierter Politiken und Planungsstrategien nicht entscheidend verhindern konnten.

Dr. Irene Wiese-von Ofen

... studierte Architektur an der RWTH Aachen und schloss daran die Städtebauliche Nachausbildung an. Sie war Beigeordnete für Planung, Bau und Boden der Stadt Essen, ist Inhaberin des Beratungsbüros für Architektur, Stadtplanung und Stadterneuerung, Mitglied des Vorstandes von EUROPAN, Ehrenpräsidentin des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, Past President International Federation for Housing and Planning, Jury-Mitglied von Expertengruppen und bei nationalen wie internationalen Wettbewerben, ehemaliger Wissenschaftlicher Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Mitglied der ARL sowie in der LAG NRW in mehrere Arbeitskreise berufen.



Geht es um den Begriff *Postwachstumsplanung*, so ist zuerst ist ein Nachdenken über den Begriff *Post-Wachstum* erforderlich. »Post« heißt danach und bezieht sich auf einen Zustand davor, sonst gäbe es kein Danach. Er ist also nicht aus sich heraus definiert, sondern nur im Gegensatz zu Vor-Vergangenem und impliziert damit nicht per se ein gemeinsames, tragfähiges Ziel wie etwa »Gemeinwohl« oder eine Vorstellung »positive(r) räumliche(r) Entwicklung für alle Menschen«. In den Planungswissenschaften bedarf es jedoch der Notwendigkeit, gewollte Ziele zu beschreiben. Welches Gesellschaftsbild aber liegt solchen Zielen zugrunde? Und sind die Forderungen, diese zu erfüllen, Kategorien räumlicher Planung? Das Zusammenführen der unterschiedlichen raumbezogenen Planungsdisziplinen, um integratives Handeln zu erreichen, das in steigendem Maße sich als notwendig erweist, ist nur bei der Verständigung über ein gemeinsames »Bild« möglich: wie schaffen wir es, unterschiedliche Leitbilder zu gemeinsamen Zielvorgaben zu verschmelzen?

Offensichtlich ist die *transformative Stadt* ein solches gemeinsames Leitbild von Post-Wachstums-Zielvorgaben. Mit der Forderung nach (Großer) Transformation als Zielsetzung scheint das (erhoffte?) gemeinsame Bild der Umwandlung zu einer veränderten – glücklichen – Stadt eo ipso erreichbar, allein schon durch den Vorgang einer Transformation. Städte sind aber immer schon »umgewandelt« worden, durch Zuzug und Wegzug, durch sich ständig wandelnde, sich anpassende Entscheidungen Einzelner, durch Kriege, Zerstörungen, Wiederaufbau, durch Aufkommen anderer Stile, mit neuen Herrschern, anderen Wahlgewinnern, veränderten Verfassungen und Ortsrechten.

Diese dynamische Perspektive auf Städte ist eng verbunden mit der (neuen) Rolle von Planung: Die klassische Stadtplanungsaufgabe sei die Flächenentwicklung (siehe Einführung Lamker/Schulze Dieckhoff). Das ist meines Erachtens zu einseitig aus dem Blickwinkel der Ökonomisierung abgeleitet, denn:

- Städte sind dreidimensional, sie sind gebaute Umwelt: das bedeutet Materialität, Erfahrung von Proportionen und Funktionen.
- Städte sind Hort des Zusammenlebens: das bedeutet die Notwendigkeit und die Macht der sozialen Dimension.
- Städte sind Stätten der Produktion, der Ausbildung, der Freizeit, des Forschens und der Kunst.

- Städte haben immaterielle Bedeutung der Ästhetik, der Schönheit und der Identität.

Städte sind seit jeher der Inbegriff von Wandlung und Komplexität. Ihnen mit Planung zu helfen bedeutet Prioritätensetzung und Abwägung konfligierender Interessen. Städte sind in der Regel auf »Flächen« gebaut und ihre geographische und topographische Disposition ist zwar ein entscheidender Faktor in ihrem Entstehen, Wachstum und Vergehen. Fläche ist insoweit die Voraussetzung für alles, was in der Stadt und auf dem Lande »entwickelt« wird. Aber genau diese begrenzte Voraussetzung zwingt zur Prioritätensetzung. Was auf der Fläche entsteht, ist ein unendlich komplexer Prozess mehrdimensionalen Denkens und Erschaffens, das nicht nur »Flächen-Entwicklung« ist. Boden war und ist trotz allen Wandels unvermehrbar und immobil. Städte boten immer – und werden weiter bieten – die Chancen zur Entfaltung oder Zerstörung individueller Potenziale der Menschen. Sie bilden die Basis gemeinsamen Verantwortens. Denn nicht der Staat allein trägt die Verantwortung, sondern Jeder-mann – die »Planungshoheit der Gemeinde« ist Ausdruck des Bewusstseins gemeinsamer Gestaltungskraft der Gemeinschaft.

Diesen Potenzialen Räume, Wege und Formen zu geben, Grenzen zu setzen und Freiheiten zu wahren, ist die Aufgabe von Planung. Ihr vornehmstes Gebot ist die Abwägung. Sie basiert auf Kenntnis, Maßstäben, Beurteilung, Transparenz und der Gewichtung von Argumenten, die wiederum von ökologischen, ökonomischen, kulturellen sowie künstlerischen und sozialen Gesichtspunkten und Zielen geprägt sind. Argumente der Abwägung sind gefordert, sie gemäß der Gesetzgebung »die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen« (§1 Abs. 7 BauGB).

Die Rollen von administrativen und der zu Entscheidungen berufenen und gewählten Gremien entsprechend bei aller kritischen Auseinandersetzung mit eben diesen Rollen und unterschiedlichen Verantwortlichkeiten zu unterstützen, treten oft in den Hintergrund. Demgegenüber steht die große Verführung, Prozesse um ihrer selbst willen für das Wichtigste zu halten, wenn sie denn ausreichend breitgefächert und kommunikativ sind, statt die notwendigen Ergebnisse, auf die sie zielen, für das Primat zu halten. Die Erforderlichkeit von und die Verantwortung für Entscheidungen macht einsam und an-



greifbar. Es ist aber die Voraussetzung für ein Gelingen jeglicher Planung.

### **Ausblick: Thesen einer Postwachstumsplanung**

Von Beginn bis zum Ende war die Diskussion ein Experiment mit offenem Ausgang. Es hat sich gezeigt, dass es einen hohen Bedarf an grundlegender und kritischer Auseinandersetzung mit räumlicher Planung gibt, die über das Thema Boden weit hinausreicht. Die Abgrenzung zu noch grundlegenden Fragen (Gesellschafts- und Wirtschaftsformen, Demokratie, Eigentum) und die Suche nach eigenen Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten ist herausfordernd. Wer sollte und wer kann damit anfangen? Wir alle! Statt eines Versuchs, in wenigen Sätzen die komplexe Diskussion zusammenzufassen, blicken wir in eine mögliche Zukunft. Aus den vorhergehenden Diskussionen zu einer Postwachstumsplanung haben sich bereits Thesen herauskristallisiert, die sich auch in der Diskussion auf der Dortmunder Konferenz wiedergefunden haben:

1. Postwachstumsplanung braucht neue Erfolgskriterien als Handlungsgrundlage!
2. Postwachstumsplanung bedeutet inklusive demokratische Entscheidungen!
3. Postwachstumsplanung stößt große Transformationen durch kleinteilige Veränderungen an!
4. Postwachstumsplanung braucht experimentelles und künstlerisches Handeln!
5. Postwachstumsplanung kann und darf scheitern!
6. Postwachstumsplaner\*innen sind wir alle!

Diese sechs Thesen konturieren das Feld, in dem sich Postwachstumsplanung bewegt. Sie ist inhaltlich breit aufgestellt und setzt das Planen und Handeln selbst in den Vordergrund und fordert Verantwortung von Planenden ein. Sie fordert nach einer klaren Auseinandersetzung mit den Handlungsgrundlagen von Planung und den Kriterien, nach denen Erfolg gemessen wird – ökonomische Kriterien können Teil davon sein, erfolgreiche Planung braucht aber eine breitere Grundlage (These 1). Der Weg muss demokratisch sein, aber darüber hinaus auch den Ansprüchen

an inklusive Entscheidungen gerecht werden. Ein Verweis auf politische Gremien reicht nicht, unhinterfragte Beteiligungsverfahren sind aber ebenso nicht intendiert. Es braucht eine Verbindung zwischen dem Individuellen zum Gemeinsamen in jeder Entscheidung (These 2). Hierin steckt eine weitere Feststellung: viele große Transformationen sind das Resultat kleinteiliger Veränderungen. Ein großer Kurswechsel ist manchmal nur eine kleine Veränderung an einem Steuerrad. Postwachstumsplanung ermutigt dazu, auch kleine Schritte zu gehen und damit den Anstoß für große Veränderungen zu geben (These 3).

Handeln wird zunehmend experimentell, nicht nur mit dem methodischen Fokus auf Reallabore oder performative Planungsansätze. Die Erkenntnis setzt sich durch, dass jede Planung im Grunde immer experimentell ist und einen offenen Ausgang hat. Zugleich besitzt künstlerisches Handeln große Potenziale in der Aktivierung unterschiedlichster Menschen und im Umgang mit bestehenden Situationen (These 4). Damit einher geht, dass Postwachstumsplanung nicht immer nach etablierten Kriterien erfolgreich sein kann. Experimente können scheitern und dürfen das auch. Ein frühzeitiges Auseinandersetzen mit Scheitern muss dazu gehören, um produktive Kräfte und Lernprozesse aus Fehlern freizusetzen (These 5). Zuletzt kann es keine Postwachstumsplanung geben, die an eine Behörde oder eine Organisation abgegeben wird. Postwachstumsplanerinnen und -planer sind immer wir alle – mit unterschiedlichen Möglichkeiten, Grenzen und Aufgaben, aber mit gemeinsamen Zielen und Rollen (These 6). Postwachstumsplanung bewegt sich damit im Spannungsfeld zwischen grundlegenden Fragen der Umgestaltung des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems und den unmittelbaren Potenzialen innerhalb des eigenen Systems der Planung. Aus der Wandlungsfähigkeit der Vergangenheit sollte Hoffnung für die Zukunft geschöpft und verantwortungsvoll genutzt werden.

Wir danken sehr herzlich allen Anwesenden und freuen uns auf die Fortsetzung der Diskussion auf weiteren Veranstaltungen und online unter [www.postwachstumsplanung.de](http://www.postwachstumsplanung.de).

## Literatur

- ADLER, Frank & SCHACHTSCHNEIDER, Ulrich (Hrsg.) (2017). Postwachstumspolitiken: Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft. München: oekom.
- ALEXANDER, Samuel (2017). Art against Empire: Toward an Aesthetics of Degrowth: Simplicity Institute Publishing.
- ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2017). Forschungskonzept 2017-2022. Hannover.
- ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2018). Postwachstumsökonomien: Unsere Motivation. <https://www.arl-net.de/de/projekte/postwachstums-ökonomien>. Zugegriffen: 31. März 2018.
- BUTTENBERG, Lisa; Overmeyer, Klaus & Spars, Guido (2014). Raumunternehmen: Wie Nutzer selbst Räume entwickeln. Berlin: Jovis.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (2017). Vierter Bodenschutzbericht der Bundesregierung: Beschluss des Bundeskabinetts vom 27. September 2017. Unterrichtung durch die Bundesregierung (Drucksache des Deutschen Bundestags 18/13666). Berlin.
- difu, Deutsches Institut für Urbanistik & vhw, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (2017). Bodenpolitische Agenda 2020-2030: Warum wir für eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik eine andere Bodenpolitik brauchen. Berlin.
- DIFU, Deutsches Institut für Urbanistik & INSTITUT RAUM & ENERGIE (2018). Aktionsplan Flächensparen: Aktion Fläche – Portal für kommunales Flächensparen. Umweltbundesamt. <https://aktion-flaeche.de/aktionsplan-flaechensparen>. Zugegriffen: 18. Juni 2018.
- DOSCH, Fabian; Ahlers, Hubertus; Becker, Lutz; Försterling, Thorsten; Möhlendick, Barbara; Schulten, Gaby et al. (2017). Stadträume mit menschlichem Maß – Boden, Mobilität, Grün. Bergische Klimagespräche (Bergischer Impuls 2). Wuppertal.
- GERBER, Jean-David; Hartmann, Thomas & Hengstermann, Andreas (2018). Instruments of land policy: Dealing with scarcity of land. New York: Routledge.
- GROTEFELS, Susan (2018, im Druck). Bebauungspläne nach §13b BauGB. Umwelt- und Planungsrecht.
- JACKSON, Tim (2017). Wohlstand ohne Wachstum – das Update: Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. München: oekom verlag.
- KRAUTZBERGER, Maria (2016). Böden in Not: nationale und internationale Herausforderungen und Ansätze zum Bodenschutz. Deutsches Verwaltungsblatt, 131(13): 801–807. doi: 10.1515/dvbl-2016-1303.
- LAMKER, Christian W. & SCHULZE DIECKHOFF, Viola (2017, Dezember 19). Postwachstum trifft auf Stadt- und Raumplanung. Blog Postwachstum. <http://www.postwachstum.de/postwachstum-trifft-auf-stadt-und-raumplanung-20171219>.
- LAMKER, Christian W. (2016). Unsicherheit und Komplexität in Planungsprozessen: Planungstheoretische Perspektiven auf Regionalplanung und Klimaanpassung. Lemgo: Rohn.
- LUHMANN, Niklas (1997). Die Gesellschaft der Gesellschaft I. Frankfurt am Main: suhrkamp.
- MAU, Steffen (2017). Das metrische Wir: Über die Quantifizierung des Sozialen. Berlin: suhrkamp.
- MEADOWS, Donella H.; Randers, Jørgen; Meadows, Dennis L.; Held, Andreas & Hasan (2009). Grenzen des Wachstums, das 30-Jahre-Update: Signal zum Kurswechsel. Stuttgart: Hirzel.
- PAECH, Niko (2012). Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München, München: oekom verlag.
- PIKETTY, Thomas (2016). Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H. Beck.
- ROSA, Hartmut & HENNING, Christoph (Hrsg.) (2018). The good life beyond growth: New perspectives. London, New York: Routledge.
- ROSA, Hartmut (2016). Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: suhrkamp.
- RYDIN, Yvonne (2013). Future of planning: Beyond growth dependence. Bristol: Policy Press.
- SCHULZ, Christian (2018). Postwachstum in den Raumwissenschaften. ARL Nachrichten, 47(4/2017): 11–14.
- STIFTUNG TRIAS (2017). Schwerter Erklärung: Eigentum verpflichtet – mehr Boden für das Gemeinwohl. Netzwerk Immobilien. Schwerte.
- WELZER, Harald (2011). Mentale Infrastrukturen: Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.